





Nach der letztjährigen Zusammenführung der Berichterstattung über Leistungen und Finanzen in einem einzigen Geschäftsbericht stellt der vorliegende Geschäftsbericht einen zweiten grossen Schritt zur Erneuerung der Rechenschaftsablage dar.

## Rechnungsabschluss nach neuen Standards

Der Kanton Zürich schliesst seine Jahresrechnung 2009 erstmals nach dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) ab. Dieses richtet sich nach den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Mit der neuen Rechnungslegung wird das obligationenrechtlich geprägte Vorsichtsprinzip durch den in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsächengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage abgelöst. Aufwände und Erträge werden periodengerecht ausgewiesen, was zusammen mit weiteren Grundsätzen in Anlehnung an die IPSAS eine wesentlich aussagekräftigere und transparentere finanzielle Berichterstattung bewirkt. Der neu gestaltete Finanzbericht ist auf die konsolidierte Staatsrechnung ausgerichtet, welche erstmals alle Anstalten und Organisationen umfasst, an die der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann. Der erweiterte Anhang zur Jahresrechnung stellt vermehrt Angaben zum Kanton in seinen umfassenden Aussenbeziehungen zur Verfügung.

Detaillierte Erläuterungen zur neuen Rechnungslegung nach CRG/IPSAS können der Vorlage 4545 «Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Berichts des Regierungsrates zur Bilanzanpassung per 31. Dezember 2007 (Bilanzanpassungsbericht) und über die Übertragung von Liegenschaften ins Verwaltungsvermögen» entnommen werden.

## Legislaturziele des Regierungsrates

Legislaturziel	1 Spitzenleistungen im Wissens- und Forschungsbereich sowie in der hochspezialisierten medizinischen Versorgung ermöglichen und fördern
Massnahme	1.1 In der hochspezialisierten Medizin eine kantonale Gesamtstrategie mit Schwerpunktbildungen entwickeln
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	<p>Der Regierungsrat hat am 11. März die Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin festgelegt und die Bildungsdirektion, die Gesundheitsdirektion, die Universität Zürich und die universitären Spitäler des Kantons Zürich beauftragt, die Strategie umzusetzen.</p> <p>Der Regierungsrat hat am 11. November die Projektserie für die erste Umsetzungsphase der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin zur Kenntnis genommen und die zuständigen Stellen beauftragt, die Projekte durchzuführen. Die Durchführung der Projekte erfolgt im Zeitraum 2010 bis 2014. Die weitere Berichterstattung zur Umsetzung der Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin erfolgt künftig unter Massnahme 1.2.</p>
Massnahme	1.2 In die strategischen Schwerpunktbereiche der hochspezialisierten Medizin gezielt investieren
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Die Investitionsmassnahmen der hochspezialisierten Medizin werden auf der Grundlage der strategischen Schwerpunkte der universitären Spitäler bzw. aufgrund der kantonalen Gesamtstrategie für die hochspezialisierte Medizin bestimmt (vgl. Legislaturziel 1.1 bzw. Beschlüsse des Regierungsrates vom 11. März und 11. November). Die mit dem Beschluss vom 11. März für einen ersten Umsetzungsimpuls vorgesehenen 30 Mio. Franken wurden in die Investitionsplanungen der Gesundheitsdirektion (Bauten und Mobilien) bzw. des Universitätsspitals (Mobilien) aufgenommen und werden nun sukzessive für die Realisierung der verschiedenen Projekte eingesetzt. Zu den Massnahmen gehören beispielsweise die roboter- und computergestützte Bewegungstherapie bei Kindern und Jugendlichen mit zerebralen und spinalen Schädigungen (durch das Kinderspital), der Aufbau eines Neuroimaging-Zentrums zur Früherkennung psychischer Erkrankungen (durch die Psychiatrische Universitätsklinik, PUK) und die Weiterentwicklung der Hybrid-Bildgebung mit molekularen und morphologischen Verfahren (durch das Universitätsspital Zürich, USZ).</p>
Massnahme	1.3 Kantonalen Förderpreis für innovative Lösungen zur Stärkung des Wissens- und Forschungsstandortes Zürich schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Konzeptarbeiten sind abgeschlossen.
Massnahme	1.4 Schwerpunktbildung der Hochschulen fördern
Stand	Planmässig

Kommentar	Die Zusammenarbeit zwischen Universität und ETH Zürich ist eng und führt namentlich bei den Life Sciences und der Systembiologie (Letztere zusammen mit Basel) zur Schwerpunktbildung. Besonders anspruchsvoll ist der Bereich Spitzenmedizin, in dem Spitzeninstitutionen, Bund, Kanton und Private zusammenwirken müssen. Die Gesundheits- und die Bildungsdirektion sehen im Rahmen des Dossiers «Hochspezialisierte Spitzenmedizin HSM» neben dem Beitritt zum Konkordat auch eine Strategie für den Standort Zürich vor. Bei der Zürcher Fachhochschule (ZFH) ist die Schwerpunktbildung derzeit eng mit der Fusion der Teilschulen zu den drei Hochschulen ZFH verknüpft.
Massnahme	<b>1.5 Begabung und Begabte in der Volksschule fördern</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Massnahmen sind in Prüfung. Die Vorlage an den Bildungsrat ist noch nicht terminiert.
Massnahme	<b>1.6 Zweisprachige Maturitätsausbildung an Mittelschulen weiterentwickeln</b>
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Ausweitung auf weitere Lehrgänge/Schulen im Schuljahr 2009/10
<b>Legislaturziel</b>	<b>2 Das strukturelle Defizit im Staatshaushalt beseitigen</b>
Massnahme	<b>2.1 Finanzstrategie des Regierungsrates festlegen</b>
Stand	Verzögert
Kommentar	Angesichts der Planungsunsicherheiten und der ungewissen Entwicklung der Finanzmarktkrise hat der Regierungsrat die Finanzstrategie und die Sanierung des Staatshaushaltes im Berichtsjahr in Angriff genommen. Die Eckwerte der Finanzstrategie wurden am 22. April festgelegt. Das Sanierungsprogramm San10 wurde am 9. September ausgelöst.
<b>Legislaturziel</b>	<b>3 Das Standortmarketing verstärken</b>
Massnahme	<b>3.1 Führung der Marke Zürich beanspruchen</b>
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Kanton Zürich hat das Projekt gemeinsam mit der Stadt Zürich und Zürich Tourismus gestartet. Im Berichtsjahr wurde mit der Erarbeitung eines Konzeptes zu einem integrierten Markenauftritt ein erster Meilenstein erreicht. Das weitere Vorgehen muss mit der weiteren Entwicklung der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) in Übereinstimmung gebracht werden.
Massnahme	<b>3.2 Ständiges Monitoring von wichtigen Indikatoren der Standortqualität einrichten</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde ein Konzept des Standortmonitorings erstellt und am 2. Dezember hat der Regierungsrat für die Erarbeitung des Controllingberichts einen ersten Entwurf in Auftrag gegeben. Das endgültige Standortmonitoring ist auf die Legislaturplanung 2011–2015 hin geplant.
Massnahme	<b>3.3 Finanzplatz im internationalen Wettbewerb stärken</b>

Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde die Website Finanzplatz Zürich erarbeitet und aufgeschaltet. Im Auftrag der Standortförderung hat die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) eine Vorstudie mit dem Titel «Portrait des Finanzplatzes Zürich» mit einem volkswirtschaftlichen Bericht und Fakten zu den verschiedenen Teilmärkten erstellt. Die Fertigstellung der Studie ist für 2010 geplant, die Inhalte werden teilweise auf der Website abgebildet.
Massnahme	<b>3.4 Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Verankerung und Förderung der Standortqualitäten erfolgt mit jedem Auftritt gegen aussen. Zudem werden die Synergien mit der Stadt Zürich genutzt.
Massnahme	<b>3.5 Infrastruktur an internationalen Schulen stärken</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Aufnahme-reglement ist in Erarbeitung.
Massnahme	<b>3.6 Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen im Kanton Zürich unterstützen</b>
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Standortförderung koordiniert (One-Stop-Shop) diverse Fragestellungen rund um die Ansiedlung neuer Firmen – mit Blick auf die Zusammenarbeit mit dem Steueramt, dem Handelsregisteramt, den Arbeitsbewilligungen, internationalen Schulen, behördlichen Stellen für Baufragen und weitere. Die Zusammenarbeit mit dem Steueramt wurde intensiviert: Angehörige des höheren Kaders des Steueramtes sind regelmässig an den Ansiedlungsgesprächen der Standortförderung präsent. Zur Verbesserung der Einheitlichkeit des Auftritts von Vertretern aus zwei Direktionen sind gemeinsame Präsentationen und Dokumentationen auf Deutsch und Englisch erarbeitet worden. Ausserdem setzt das Steueramt wichtige Impulse zur Unterstützung von Unternehmensansiedlungen auch durch die rasche Erteilung von zahlreichen steuerlichen Vorbescheiden innerhalb der gesetzlichen Grundlagen.
Legislaturziel	<b>4 Die Position des Kantons Zürich im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb zur Erhaltung des Steuersubstrates stärken</b>
Massnahme	<b>4.1 Steuerstrategie und begleitende Massnahmen erarbeiten und umsetzen</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der Vorlage 4516 des Regierungsrates vom 12. Juni 2008 wurde dem Kantonsrat eine Steuergesetzrevision zur Entlastung der natürlichen Personen unterbreitet. Die vom Kantonsrat am 30. März beschlossene Steuergesetzrevision entspricht weitgehend der Vorlage des Regierungsrates. Dagegen wurden das Kantonsratsreferendum sowie zwei Referenden mit Gegenvorschlägen von Stimmberechtigten eingereicht. Der Entscheid liegt nunmehr bei den Stimmberechtigten. Weiter kann auf die Vorlage 4620 des Regierungsrates vom 12. August hingewiesen werden, mit



	der das Steuergesetz an das Unternehmenssteuerreformgesetz II des Bundes angepasst werden soll. Im Übrigen wurde Anfang des Berichtsjahres ein neuer «Zürcher Steuerbelastungsmonitor» veröffentlicht; dieser wird jährlich von der BAK Basel Economics im Auftrag der Finanzdirektion erstellt.
<b>Legislaturziel</b>	<b>5 Die Interessenwahrung durch verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bund, den Kantonen, dem benachbarten Ausland sowie den Städten und Gemeinden verbessern</b>
<b>Massnahme</b>	<b>5.1 Mitgliedschaften in interkantonalen und internationalen Konferenzen laufend prüfen und Allianzen pflegen</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Der Kanton Zürich ist am 3. Juli dem Verein Metropolitanraum Zürich beigetreten. Damit ist ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau einer gemeinsamen politischen Plattform für Städte, Gemeinden und Kantone im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich geleistet.
<b>Massnahme</b>	<b>5.2 Kantonsinterne und -externe Informationen zu den Aussenbeziehungen bündeln</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Die bestehenden Instrumente wurden konsolidiert.
<b>Massnahme</b>	<b>5.3 Informationsfluss gegenüber zürcherischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern ausbauen und institutionalisieren</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Die bewährte und gezielte Information der zürcherischen Kommissionsmitglieder wurde im Berichtsjahr ausgebaut. Neu werden zusätzlich zu den zürcherischen Mitgliedern der Ständeratskommissionen auch jene der Nationalratskommissionen informiert.
<b>Massnahme</b>	<b>5.4 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland ausbauen</b>
<b>Stand</b>	Abgeschlossen
<b>Kommentar</b>	Am 29. September 2008 fand das 6. Unternehmensforum mit Baden-Württemberg zum Thema Logistik statt. Damit ist die Reihe der Veranstaltungen mit dem nahen Ausland abgeschlossen.
<b>Massnahme</b>	<b>5.5 Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen neu positionieren</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Die Aufgaben und Organisation wurden durch das Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus (IDT-HSG) an der Universität St. Gallen überprüft.
<b>Massnahme</b>	<b>5.6 Auch in Fachgremien die Gesamtinteressen des Kantons vertreten</b>
<b>Stand</b>	Verzögert
<b>Kommentar</b>	Der Beginn der Umsetzung ist für 2010 geplant.

<b>Legislaturziel</b>	<b>6 Die Innovationsfähigkeit, Effizienz und Kundenorientierung der Verwaltung weiterentwickeln und die Attraktivität als Arbeitgeber steigern</b>
<b>Massnahme</b>	<b>6.1 Einheitliches Corporate Design für die kantonale Verwaltung einführen und Erscheinungsbild der Verwaltungsgebäude modernisieren</b>
<b>Stand</b>	Verzicht
<b>Kommentar</b>	Angesichts der angespannten Finanzlage hat der Regierungsrat am 24. Juni entschieden, auf die verwaltungsübergreifende Einführung neuer Corporate-Design-Grundlagen zu verzichten und das vor einem Jahr begonnene Projekt nicht weiterzuverfolgen. Bei Umbauten und Erneuerungen werden die betroffenen Innenräume wie bisher nach Massgabe der Verhältnismässigkeit gemäss heutigen gestalterischen Grundsätzen gestaltet. Ein besonderes Programm zur Zielerreichung ist nicht vorgesehen.
<b>Massnahme</b>	<b>6.2 Lohnsystem flexibilisieren und verstärkt auf Leistung ausrichten</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Mit Vorlage 4609 vom 17. Juni (Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Änderung der Personalverordnung) hat der Regierungsrat dem Kantonsrat die entsprechende Änderung des Lohnsystems zur Genehmigung unterbreitet.
<b>Massnahme</b>	<b>6.3 Personalmanagementstrategie mit Massnahmen zur Stärkung der Führung, der Personalentwicklung, der Personalbereiche und der Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber erarbeiten und umsetzen</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Die Führung konnte mit der Durchführung des Kaderforums für das oberste Kader sowie Führungsseminaren und Kaderausbildungsprogrammen gestärkt werden. Die Erarbeitung von Standards für den Kernprozess der Personalgewinnung, welche ebenfalls zur Stärkung der Führung beitragen, ist für 2010 geplant. Als Massnahme zur Personalentwicklung wurde das Konzept zur direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung erstellt. Die Umsetzung verzögert sich (vgl. Legislaturziel 12.6). Mit der Erarbeitung von standardisierten Kennzahlen durch das Personalcontrolling konnte eine Stärkung der Personalbereiche erreicht werden. Weitere Massnahmen in diesem Bereich sind für 2010 geplant. Die planmässige Einführung eines flexibleren Lohnsystems mit verstärktem Einbezug der Leistungsorientierung im 2010 wird zur besseren Marktpositionierung des Kantons als Arbeitgeber beitragen.
<b>Massnahme</b>	<b>6.4 Neue Informatikstrategie erarbeiten und umsetzen</b>
<b>Stand</b>	Verzögert
<b>Kommentar</b>	Im Berichtsjahr wurde mit der Umsetzung begonnen. Die Umsetzungseinheit 1 besteht aus den vier Teilprojekten Zentralisierung der Informatik auf Direktionsstufe, Projektportfolio-Management, Informatikcontrolling sowie Standards und Architekturen. Die Teilprojekte, deren Umsetzung für 2010 geplant ist, sind mit unterschiedlichem Umsetzungsstand in Arbeit. Einzelne dieser Teilprojekte können voraussichtlich nicht im Jahr 2010 abgeschlossen werden.
<b>Massnahme</b>	<b>6.5 Sicherheit in der Zentralverwaltung verbessern</b>
<b>Stand</b>	Planmässig

Kommentar	Das Sicherheitskonzept und der Kreditantrag an den Regierungsrat wurden im Berichtsjahr erarbeitet. Die baulichen und betrieblichen Massnahmen werden sowohl zu einer Verbesserung der Sicherheit als auch der Kundenfreundlichkeit führen. Der Abschluss der baulichen Massnahmen wird im Sommer/Herbst 2010 erwartet.
Massnahme	6.6 Umfassenden elektronischen Amtsverkehr ermöglichen (E-Government)
Stand	Verzögert
Kommentar	Die für die Messung des Umsetzungsstands erforderlichen Controllinginstrumente sind weitgehend eingeführt. Der Antrag des kantonalen Steueramtes für den Aufbau des Online-Steuerportals ist bewilligt. Das Angebot wird um ein Jahr verzögert erreicht. Die Transaktionsplattform ZHservices ist produktiv und für die Verwendung für E-Government-Angebote bereit.
Legislaturziel	7 Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung stärken
Massnahme	7.1 Gemeindestrategie erarbeiten
Stand	Verzichtet
Kommentar	Der Regierungsrat hat den Schlussbericht des Projekts zur Reform der Gemeindestrukturen zur Kenntnis genommen. Gestützt auf die Erkenntnisse des Berichts hat er Leitsätze für eine Reform der Gemeindestrukturen zuhanden der Vernehmlassung verabschiedet. Diese Massnahme wird vom Regierungsrat nicht weiterverfolgt.
Massnahme	7.2 Innerkantonalen Finanzausgleich revidieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Antrag vom 28. Januar hat der Regierungsrat den Entwurf für ein neues Finanzausgleichsgesetz zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (Vorlage 4582).
Massnahme	7.3 Grundsätze für eine stufengerechte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden festlegen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Direktion der Justiz und des Innern hat im Berichtsjahr erstmals einen Gemeindebericht erarbeitet. Er gibt Auskunft über den Stand der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und den Handlungsspielraum der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Bericht wurde vom Regierungsrat Ende Berichtsjahr verabschiedet.
Massnahme	7.4 Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen
Stand	Sistiert
Kommentar	Die Arbeiten werden weitergeführt, sobald die Neugestaltung des kantonalen Finanzausgleichs geklärt ist.
Massnahme	7.5 Koordinationsgremium für kantonale Vorhaben, welche die Gemeinden betreffen, aufbauen
Stand	Verzichtet



Kommentar	Der Regierungsrat hat das Konzept für die Einrichtung eines Koordinationsgremiums geprüft. Angesichts des dafür erforderlichen Aufwands hat er die bisher zur Verfügung stehenden Instrumente und Gremien als ausreichend erachtet.
Massnahme	<b>7.6 Im Gesundheitswesen Parallelsubventionen durch Kanton und Gemeinden vermindern</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Anlässlich der Vernehmlassung zur Reform des innerkantonalen Finanzausgleichs für die Spital- und Pflegeheimfinanzierung (REFA) ist die Modellvariante «Spital 100/0» favorisiert worden, wonach der Kanton den gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) von der öffentlichen Hand geschuldeten Beitrag bei der Spitalfinanzierung alleine übernehmen und im Gegenzug bei der Pflegeheimfinanzierung durch die Gemeinden voll entlastet werden soll. Sie soll gleichzeitig mit den Anpassungen an die KVG-Revision in Bereich der Spitalfinanzierung und -planung im Rahmen des auf den 1. Januar 2012 geplanten Planungs- und Finanzierungsgesetzes umgesetzt werden, zu welchem im Frühjahr 2010 ebenfalls eine Vernehmlassung durchgeführt wird.
Legislaturziel	<b>8 Attraktive Siedlungs- und Landschaftsräume als wesentliche Faktoren einer hohen Lebensqualität erhalten und fördern</b>
Massnahme	<b>8.1 Richtplanvorlage aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans an den Kantonsrat zur Festsetzung überweisen</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Grundlagenarbeiten (Raumordnungskonzept, Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen) wurden im Jahr 2008 abgeschlossen. Die Anhörung zum Richtplanentwurf wurde von Ende September des Berichtsjahres bis Mitte Januar 2010 durchgeführt. Die Auswertung und die Bestimmung des weiteren Vorgehens sind für 2010 geplant.
Massnahme	<b>8.2 Nutzungskonzept Flugplatzareal Dübendorf erarbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen festsetzen</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat die Baudirektion am 9. Januar 2008 beauftragt, ein Projekt Raumentwicklung Flugplatzareal Dübendorf zu starten und eine entsprechende Testplanung durchzuführen. Das Testplanungsverfahren ist im Berichtsjahr durchgeführt und abgeschlossen worden und die Grundsatzentscheide sind in Vorbereitung.
Massnahme	<b>8.3 Renaturierung von Gewässern fördern</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Rahmenkredit von 18 Mio. Franken gemäss Kantonsratsbeschluss vom 19. März 2001 (Vorlage 3808) für Wiederbelebungsmaßnahmen an Fließgewässern wurde über die Jahre 1989 bis 2009 aufgebraucht. Ein Antrag für einen neuen Rahmenkredit ist in Vorbereitung. In das Kreditgesuch werden die Kriterien für eine Renaturierung, für Ausdöhlungen und den Erholungsaspekt integriert, die mittels Pilotprojekten ermittelt werden. Die vollständigen Ergebnisse liegen in Kürze vor. Ein Regierungsratsbeschluss zum Konzept für die Revision des Wasserrechts ist in Vorbereitung.
Massnahme	<b>8.4 Sanierung von Altlasten vorantreiben</b>

Stand	Verzögert
Kommentar	Aus Ressourcengründen ist der Abschluss des Katasters der belasteten Standorte verzögert (geplant für 2011). Die Sanierungen erfolgen nach Plan.
Massnahme	<b>8.5 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung einer nachhaltigen Grünraumnutzung</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen von Folgearbeitsgruppen wird an der Schnittstelle der Landwirtschaft mit den Themen Lufthygiene, Gewässerschutz, Bauen ausserhalb einer Bauzone und Naturschutz erfolgreich weitergearbeitet. In Absprache mit dem Zürcher Bauernverband setzen sich das Amt für Landschaft und Natur und das Amt für Raumordnung und Vermessung für einen verstärkten Schutz der besten Ackerflächen (Fruchtfolgeflächen) ein. Hohe Priorität hat auch die Stärkung der Befähigung angehender Landwirte am Strickhof, die unternehmerischen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Im Bereich Forst steht der Waldentwicklungsplan Zürich nach einer breiten Vernehmlassung vor der Festsetzung im Jahr 2010.
Massnahme	<b>8.6 Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen rasch umsetzen</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Februar hat der Regierungsrat die Strassenlärmsanierung in den Regionen Knonaueramt, Limmattal und Flughafen beschlossen. Die Sanierungsarbeiten in diesen Regionen sind im Gang. Die Anträge an den Regierungsrat für weitere drei Regionen (Irchel, Oberland Nord und Seeufer rechts Nord) liegen vor.
Massnahme	<b>8.7 Öffentliche Hoch- und Tiefbauten vorbildlich gestalten</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Der vorbildlichen Gestaltung öffentlicher Bauten wird in allen Bauvorhaben Rechnung getragen. Sie wird im Rahmen der öffentlichen Wettbewerbsverfahren laufend sichergestellt.
<b>Legislaturziel</b>	<b>9 Die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Substitution fossiler Energieträger senken</b>
Massnahme	<b>9.1 Anreize zur Verwendung von Motorfahrzeugen mit tieferem Treibstoffverbrauch und geringerem Emissionsausstoss schaffen</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat vom Resultat des Vernehmlassungsverfahrens Kenntnis genommen, sich für eine Trennung von der Vorlage zur Strassenfinanzierung bzw. Revision des Strassengesetzes ausgesprochen und Aufträge zur Überarbeitung der Vorlage erteilt.
Massnahme	<b>9.2 Verbrauch fossiler Brennstoffe im Gebäudebereich senken</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Wärmedämmvorschriften, die Besondere Bauverordnung I und die Allgemeine Bauverordnung wurden auf den 1. Juli 2009 an die neuen Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2008) angepasst. Die Vorlage zur Änderung des Energiegesetzes wurde erarbeitet. Der entsprechende Beschluss des Regierungsrates steht noch aus.

Massnahme	9.3 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Aktuell sind rund 200 000 m <sup>2</sup> Energiebezugsfläche neu in Bau oder werden geplant (abgeschlossene Wettbewerbe). Diese erfüllen alle den Minergie-Standard, rund 80 000 m <sup>2</sup> erreichen sogar den Minergie-P-Standard. Alle neuen Wettbewerbe werden mit der Anforderung Minergie-P-Eco auslobt. Von rund 60 000 m <sup>2</sup> Umbauten erfüllen rund zwei Drittel (40 000 m <sup>2</sup> ) die energetischen Vorgaben von Minergie. Neuere Neubauprojekte werden ausnahmslos in Minergie-P geplant. Ältere Neubauprojekte übertreffen in der Regel die Minergie-Vorgaben klar, erreichen aber nicht Minergie-P. Bei den Umbauten kann das Label trotz genügenden energetischen Massnahmen teilweise nicht erreicht werden, da zusätzliche Anforderungen des Labels, wie der Einbau einer Lüftung, nur mit unverhältnismässig hohem Aufwand erreicht werden können.
Legislaturziel	10 Die Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt fördern und die zukünftige Stromversorgung sicherstellen
Massnahme	10.1 Umfassenderen Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien beantragen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der vom Regierungsrat beantragte Rahmenkredit 2010–2019 über jährlich 4 Mio. Franken wurde vom Kantonsrat im Rahmen der Beratung von Vorlage 4482 durch einen Rahmenkredit 2010–2013 über jährlich 8 Mio. Franken ersetzt.
Massnahme	10.2 Eigentümerstrategie Strom neu festlegen
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Grundlagen für eine umfassende Diskussion der künftigen Eigentümerstrategie wurden erarbeitet. Da die eidgenössische Gesetzgebung zur Strommarktliberalisierung noch nicht stabil ist (eine Änderung des auf den 1. Januar in Kraft gesetzten Stromversorgungsgesetzes ist bereits angekündigt), kann die kantonale Strategie noch nicht festgelegt werden.
Massnahme	10.3 Die Einführungsgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz erarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat die Vorlage zum Energiegesetz am 12. August dem Kantonsrat unterbreitet (Vorlage 4617).
Legislaturziel	11 Die Mobilität steuern und die Verkehrsträger aufeinander sowie auf die angestrebte räumliche Entwicklung abstimmen
Massnahme	11.1 Durch eine wirksame Interessenvertretung die termingerechte Inbetriebnahme grosser Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Verkehr und im motorisierten Individualverkehr anstreben
Stand	Planmässig beim öffentlichen Verkehr, der Westumfahrung und der N4 Knonaueramt; verzögert beim weiteren Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes

Kommentar	<p>Angesichts der namhaften Vorleistungen und Vorfinanzierung des Kantons für sein öV-System ist der vom Bund in Aussicht gestellte Beitragssatz von lediglich 35% für das Agglomerationsprogramm unverständlich tief. Als Folge davon könnten dringliche Projekte Verzögerungen erfahren oder verkleinert werden müssen.</p> <p>Die Inbetriebnahme der Westumfahrung und der A4 im Knonaueramt wurde durch das Amt für Verkehr im Rahmen der Wirkungskontrolle begleitet. Allfällige Anpassungen werden im Jahr 2010 geprüft und durchgeführt. Der Ausbau der Nordumfahrung Zürich wurde vom Bundesrat bereits Ende 2008 ins Programm zur Beseitigung von Engpässen auf dem Nationalstrassennetz aufgenommen und wird über den Infrastrukturfonds finanziert werden. Die Projektierung wird durch das Bundesamt für Strassen ASTRA (Filiale Winterthur) unter enger Einbindung des Amtes für Verkehr vorgenommen. Zur Wahrung der kantonalen Interessen konnte weiterhin eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der nächsten Planungen der Glattalautobahn vereinbart werden.</p> <p>Öffentlicher Verkehr: Die Grossprojekte Durchmesserlinie, Glattalbahn und Tram Zürich West werden planmässig umgesetzt. Die Projektierungen für die 4. Teilergänzungen der S-Bahn Zürich wurden aufgenommen (Bau- und Auflageprojekt). Sie sind in das Agglomerationsprogramm des Kantons Zürich (Infrastrukturgesetz) aufgenommen worden. Die entsprechenden Beschlüsse des Bundesparlamentes stehen noch aus.</p>
Massnahme	<b>11.2 In der Flughafenregion raumplanerisch vorsorgen</b>
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Massnahme wird zeitlich auf den leicht verzögerten Prozess für die Erarbeitung des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL, Abhängigkeit vom Bund) abgestimmt. Aus heutiger Sicht kann das SIL-Objektblatt Flughafen Zürich vom Bundesrat erst 2012 verabschiedet werden.
Massnahme	<b>11.3 Strategieprozess und Controlling zur Umsetzung der Gesamtverkehrskonzeption gestalten und weiterentwickeln</b>
Stand	Verzögert
Kommentar	Der ursprüngliche Zeitplan ist wegen der Neuorganisation des Themenfelds Verkehr um rund ein Jahr verzögert. Das Konzept Gesamtverkehrscontrolling und der zugehörige Strategieprozess wurden im Berichtsjahr erarbeitet und in einer direktionsübergreifenden Konsultation bereinigt. Das Konzept bildet die Basis für den Aufbau des Controllings. Diese Arbeiten sind im Rahmen einer direktionsübergreifenden Projektorganisation für 2010 geplant. 2011 soll das Controlling in den operativen Betrieb übergeführt werden.
Massnahme	<b>11.4 Kantonalen Richtplan im Bereich Verkehr zielgerichtet umsetzen</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Für die dringlichen Vorhaben aus dem Richtplan Verkehr werden derzeit Zweckmässigkeitsbeurteilungen (ZMB) ausgearbeitet. Dies betrifft u. a. die Entlastungsachse Dietikon, die Umfahrung Grüningen, die Ortsdurchfahrt Pfäffikon und die Entlastung Neeracher Ried.

<b>Legislaturziel</b>	<b>12 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern</b>
<b>Massnahme</b>	<b>12.1 Tagesstrukturen für Kinder im Schulalltag gemäss Volksschulgesetz umsetzen und eine gesetzliche Grundlage für eine bedarfsgerechte ausserfamiliäre Betreuung von Kindern im Vorschulalter schaffen</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Mit der Einführung von Blockzeiten und der Gewährleistung einer bedarfsgerechten ausserschulischen Betreuung durch die Gemeinden ab Schuljahr 2009/10 verbessert das neue Volksschulgesetz die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Rahmen der Jugendhilfereform sollen die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, damit die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an ausserfamiliärer Betreuung und Frühförderung für die Kinder im Vorschulalter gewährleisten.
<b>Massnahme</b>	<b>12.2 Fehlanreize im Steuer- und Sozialsystem beseitigen</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Das Zusammenspiel von Beitrags-elementen für familienergänzende Kinderbetreuung, Sozialleistungen und Steuern kann dazu führen, dass eine Einkommenserhöhung zu einer Reduktion der einem Haushalt tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel führt. Unter Federführung des Kantonalen Sozialamtes werden alle im Sozial- sowie im Steuersystem vorhandenen Fehlanreize erfasst und nach Lösungsmöglichkeiten für deren Beseitigung gesucht.
<b>Massnahme</b>	<b>12.3 Sich beim Bund für weitere Möglichkeiten zur steuerlichen Geltendmachung von Kinderbetreuungskosten im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes einsetzen</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Mit dem Bundesgesetz vom 25. September 2009 über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern wird nunmehr sowohl im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer als auch im Steuerharmonisierungsgesetz ein sogenannter Drittbetreuungskostenabzug vorgesehen. Die Kantone haben bis Ende 2012 Zeit, ihre Steuergesetze anzupassen.
<b>Massnahme</b>	<b>12.4 Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Angebote zur familienergänzenden Kinderbetreuung direktionsübergreifend koordinieren</b>
<b>Stand</b>	Verzögert
<b>Kommentar</b>	Aufgrund der angespannten Lage des Finanzhaushaltes musste der Ausbau des Angebots zur familienergänzenden Kinderbetreuung verschoben werden.
<b>Massnahme</b>	<b>12.5 Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitarbeit auf allen Stufen fördern</b>
<b>Stand</b>	Planmässig
<b>Kommentar</b>	Die Förderung bestehender Angebote und eine Bedarfsanalyse für zusätzliche Angebote sind für 2011 geplant.
<b>Massnahme</b>	<b>12.6 Systematische Laufbahnplanung unter Berücksichtigung frauenspezifischer Lebensläufe einführen</b>
<b>Stand</b>	Verzögert
<b>Kommentar</b>	Das Projekt direktionsübergreifende Laufbahnplanung verzögert sich aufgrund fehlender personeller Ressourcen.

Legislaturziel	13 Mit verbesserter schulischer, gesellschaftlicher und beruflicher Integration aller Bevölkerungsgruppen den sozialen Zusammenhalt stärken
Massnahme	13.1 Information zu Migration und Integration verbessern und Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» der Nordwestschweizer Kantone übernehmen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Kampagne «Aller Anfang ist Begegnung» wurde fortgesetzt. Die Plakatkampagne wurde wiederum in zwei Wellen geschaltet und jeweils mit Bus- und Tramwerbung verstärkt. Zusätzlich erschienen wiederum zwei themenspezifische Ausgaben der Migrationszeitung «MIX». Es wurde sodann erkannt, dass der Informationsbedarf insbesondere in Land- und Agglomerationsgemeinden sehr hoch ist und die Plakatkampagne in den Gemeinden des Kantons mit den vorhandenen Mitteln nicht den gewünschten Erfolg bringen kann. Daher wurde beschlossen, eine auf die spezifischen Zürcher Bedürfnisse ausgerichtete Kampagne zu entwickeln und im Jahr 2010 zu etablieren.
Massnahme	13.2 Aktive Integrationsbereitschaft fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Pilotprojekt «Integrationsvereinbarungen» wurde im Berichtsjahr weitergeführt und die Zahl der angestrebten 40 Integrationsvereinbarungen übertroffen. Die ersten Erfahrungen mit den Integrationsvereinbarungen sind vielversprechend.
Massnahme	13.3 Soziale Integration erwachsener invalider Menschen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Gemäss dem neuen Artikel 112b der Bundesverfassung, welcher im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eingeführt wurde, fördern die Kantone die Eingliederung Invalider, insbesondere durch Beiträge an den Bau und den Betrieb von Institutionen, die dem Wohnen und Arbeiten dienen. Das Kantonale Sozialamt hat ein Konzept mit Grundsätzen zur Förderung der Eingliederung erwachsener invalider Personen erarbeitet und eine Anhörung dazu durchgeführt. Das Konzept wird 2010 durch den Regierungsrat dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.
Massnahme	13.4 Leistungsniveau und Bildungschancen für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Flächendeckende Anwendung von «Quims» (Qualität in multikulturellen Schulen).
Massnahme	13.5 Unterstützungsangebote für Kinder mit besonderen Bedürfnissen integrativ ausrichten
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 18. November hat der Regierungsrat die Bildungsdirektion ermächtigt, das Sonderpädagogische Konzept in Vernehmlassung zu bringen.
Massnahme	13.6 Berufliche Grundbildung stärken und Übergang in die Berufsbildung gewährleisten
Stand	Planmässig



Kommentar	Lehrstellenförderung durch die Fachstelle Berufsbildungsmarketing, Reform der Brückenangebote (Berufsvorbereitungsjahre) durch die Fachstelle Brückenangebote, fachkundige individuelle Begleitung an Schulen durch die Fachstelle Förderung & Integration, Aufbau des Case-Management Berufsbildung (Federführung AJB) durch die Abteilung Betriebliche Bildung.
Massnahme	13.7 Weiterbildungsmassnahmen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt Weiterbildungskonzept ist auf Kurs
Legislaturziel	14 Die selbstbestimmte und eigenverantwortliche Lebensführung aller Bevölkerungsgruppen fördern
Massnahme	14.1 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Zur Förderung der Eingliederung von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt wurden 25 Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramme angeboten und mit 5,9 Mio. Franken finanziert. Die Programme wurden im Berichtsjahr durch die Hochschule Luzern überprüft. Die unter der Leitung des Kantonalen Sozialamtes stehende Arbeitsgruppe «Berufliche und soziale Integration», in welcher Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, der Sozialkonferenz des Kantons Zürich sowie der Programmanbieter mitarbeiten, wurde weitergeführt.
Massnahme	14.2 Informationskampagnen für gesunden Lebensstil durchführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die bisherige Kampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit» ist im Hinblick auf die gesundheitlichen Probleme, die mit einem körperlichen Übergewicht verbunden sind, neu konzipiert worden und vermittelt Anregungen, um das eigene Körpergewicht konstant zu halten.
Legislaturziel	15 Herausragende Kulturangebote auch ausserhalb der beiden grossen Städte fördern
Massnahme	15.1 Ein neues Subventionssystem mit Schwerpunkt regionale Zentren erarbeiten
Stand	Planmässig
Legislaturziel	16 Objektive und subjektive Sicherheit fördern durch verstärkte Bekämpfung von Gewaltdelikten und eine vernetzte Gewaltprävention
Massnahme	16.1 Entstehung rechtsfreier Räume und Verslumung vermeiden
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Schwergewichtsbildungen der Kantonspolizei im Bereich der Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei schaffen die organisatorischen Voraussetzungen für rasche Interventionen. Zwingend erforderlich ist indessen, dass das entsprechende Personal zur Verfügung steht (Annäherung an den Sollbestand).

Massnahme	16.2 Grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit verstärken und die Abläufe zwischen Justiz und Polizei harmonisieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde im Rahmen des deutsch-schweizerischen Polizeivertrages und im Zusammenhang mit Schengen intensiviert. Die entsprechenden Kontakte wurden institutionalisiert. Die Abläufe zwischen Justiz und Polizei werden harmonisiert und informatiktechnisch vereinfacht.
Massnahme	16.3 Schwerpunktbildung in der Strafverfolgung umsetzen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Schwerpunkte für die Strafverfolgung wurden am 1. Juli durch den Regierungsrat (RRB Nr. 1068/2009) für die Jahre 2009–2012 festgelegt.
Massnahme	16.4 Kantonale Behördenorganisation und kantonales Prozessrecht in Strafsachen an das neue Strafprozessgesetz des Bundes anpassen
Stand	Planmässig
Kommentar	Am 1. Juli verabschiedete der Regierungsrat eine Verfassungsänderung zur Anpassung des kantonalen Rechts an die neuen Prozessgesetze des Bundes sowie das Gesetz über die Anpassung der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes zuhanden des Kantonsrates (Vorlage 4611). Die Umsetzung auf Verordnungsstufe wurde in Angriff genommen.
Massnahme	16.5 Gewalt- und Rückfallprävention im Rahmen des Justizvollzuges verstärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit der erfolgten Ausdifferenzierung der internen Kennzahlenerfassung und dem Start der Datenerhebung für das Projekt «Rückfallquotenbezogene Geschäftsberichterstattung» wurden die Grundlagen für verschiedene Evaluationsvorhaben geschaffen. Mit der Eröffnung der Forensisch-Psychiatrischen Abteilung innerhalb der Strafanstalt Pöschwies im September wurde das Behandlungsangebot zur Umsetzung von Art. 59 Abs. 3 StGB massgeblich erweitert. Im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) konnten die Sanierungsarbeiten in der Offenen Abteilung im Frühsommer planmässig abgeschlossen und im Herbst mit den Bauarbeiten zum Aus- und Umbau der Geschlossenen Abteilung begonnen werden. Die Zusammenarbeit zwischen der Oberstaatsanwaltschaft und dem Amt für Justizvollzug wurde intensiviert. Im Amt für Justizvollzug konnten die umfangreichen Vorarbeiten zum Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug», mit dem das Risikomanagement über die verschiedenen am Sanktionenvollzug beteiligten Stellen hinweg verbessert werden soll, abgeschlossen und die Umsetzung in Angriff genommen werden.
Massnahme	16.6 Gewaltprävention in der Jugendstrafrechtspflege mit dem Projekt «Junge Intensivtäter» verstärken und vermehrt bei jugendlichen Straftätern zur Senkung des Rückfallrisikos intervenieren
Stand	Planmässig

Kommentar	Die Anstrengungen bei den jungen Intensivtätern wurden unvermindert weitergeführt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Direktionen, Behörden und zivilen Partnern wurde weiter verstärkt.
Massnahme	<b>16.7 Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Im März hat der Regierungsrat einen Beauftragten gegen Gewalt im schulischen Umfeld eingesetzt. Im Berichtsjahr sind erste Koordinationsschritte erfolgt.
Massnahme	<b>16.8 Bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit in den Gemeinden gewährleisten und an einheitlichen Standards ausrichten</b>
Stand	Verzögert
Kommentar	Im Dezember wurde der Entwurf für ein neues Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe in die Vernehmlassung geschickt. Das Gesetz soll das Angebot von Schulsozialarbeit und deren Ausrichtung an einheitlichen Standards regeln. Der Abschluss ist neu für 2012 geplant.
Massnahme	<b>16.9 Eltern zur Teilnahme an Kursen zur Gewaltprävention und Elternbildung verpflichten</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Die zur Einführung von obligatorischen Elternbildungskursen notwendige Änderung des Volksschulgesetzes wurde im Herbst des Berichtsjahres in die Vernehmlassung gegeben. Diese wurde Ende Dezember des Berichtsjahres abgeschlossen und wird zurzeit ausgewertet.
Legislativziel	<b>17 Eine qualitativ hochstehende und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung erhalten</b>
Massnahme	<b>17.1 Planung der Spitäler einschliesslich Psychiatrien, Rehabilitationskliniken sowie Pflegeheime optimieren</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Akutversorgung und Rehabilitation: Mit dem revidierten KVG vom 21. Dezember 2007 hat die Planung neu anhand einheitlicher Planungskriterien auf der Grundlage von Qualität und Wirtschaftlichkeit zu erfolgen. Das am 2. Juli 2008 eingesetzte interdisziplinäre Projektteam hat plangemäss auf Ende des Berichtsjahres den ersten von zwei Berichten zur Spitalplanung 2012 (Versorgungsbericht) erarbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Der zweite Bericht (Strukturbericht) folgt Ende 2010. Die Arbeiten stehen vor dem Hintergrund von Art. 39 KVG, wonach die Kantone verpflichtet sind, eine bedarfsgerechte Spitalplanung durchzuführen.  Psychiatrie und Pflegeheime: Die Notwendigkeit einer aktualisierten Psychiatrieplanung wird geprüft. Bezüglich Pflegeheimplanung geht die Regierung, wie im Rahmen der erstmaligen Festlegung der Pflegeheimliste auf 1998 festgehalten (vgl. RRB Nr. 2609/1997), davon aus, dass eine weitergehende kantonale Planung nicht angezeigt ist.
Massnahme	<b>17.2 Innovative und zukunftsgerichtete Versorgungsmodelle fördern</b>
Stand	Akutsomatik: verzögert; Psychiatrie: planmässig

Kommentar	<p>Akutsomatik: Systematische Aktivitäten in diesem Bereich können erst auf der Grundlage der Spitalplanung 2012 (siehe dazu Legislaturziel 17.1) in Angriff genommen werden. Als Beispiel einer bereits laufenden Massnahme kann auf den Pilotversuch «Mobile Palliative Care Teams» hingewiesen werden, einer Umsetzungsmassnahme im Zusammenhang mit dem kantonalen Palliative-Care-Konzept (Abschluss im Herbst des Berichtsjahres; ein Schlussbericht liegt voraussichtlich im Frühjahr 2010 vor).</p> <p>Psychiatrie: In der Psychiatrie laufen verschiedene betriebsspezifische Projekte zur Stärkung bzw. Weiterführung innovativer Angebote der nicht-stationären Versorgung. Dazu zählen unter anderem das Casemanagement der Integrierten Psychiatrie Winterthur (ipw) und Projekte der integrierten Versorgung der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK).</p> <p>Im Berichtsjahr konnte zudem ein grosszügiges Legat einer Stiftung zur Förderung der Forschung im Bereich Psychiatrie entgegengenommen werden, mit dem das Zürcher Impulsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung der Psychiatrie (ZInEP) eingeleitet werden konnte.</p>
Massnahme	<b>17.4 Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI &gt;30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Zusammen mit der Sicherheitsdirektion und der Bildungsdirektion sind 29 Teilprojekte ausgearbeitet worden. Mit der Umsetzung wurde begonnen und es konnte für zehn Teilprojekte eine finanzielle Unterstützung der Gesundheitsförderung Schweiz für vier Jahre erwirkt werden.
Massnahme	<b>17.5 Fallgruppensystem Psychiatrie entwickeln</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt «Fallgruppensystem Psychiatrie» wurde im Berichtsjahr einem Assessment unterzogen, aus dem sich eine Fortführung des Projekts mit vertieften Machbarkeitsanalysen und mit einer präziseren Formulierung der drei Projektziele «Qualitätssicherung», «Benchmarking» und «Tarifizierung auf Fallbasis» ergab. Zudem wurde entschieden, das Projekt für eine verbesserte Darstellung nach aussen und innen in «Psychiatrie-Tarifsystem» (P-TAR) umzubenennen. Die Auswertung der Daten des ersten Erhebungsjahres (2008) zeigte die erwarteten, einführungsbedingten Mängel bei der Datenerhebung auf; soweit sich im weiteren Projektverlauf keine grundsätzlichen Umsetzungsprobleme ergeben, wird die Datenerhebung weitergeführt und für die kommenden Datengenerationen verbessert.
Massnahme	<b>17.6 Leistungsorientierte, wettbewerbsfördernde Abgeltungssysteme weiterentwickeln</b>
Stand	Planmässig
Kommentar	Alle akutsomatischen Behandlungen von allgemein versicherten innerkantonalen Patienten werden seit 2009 mit einheitlichen Fallbeiträgen je Versorgungsstufe abgegolten; diese sogenannten DRG-Pauschalen werden mithilfe einer international anerkannten Benchmarking-Methode auf dasjenige Kostenniveau beschränkt, das von einem wirtschaftlich geführten Spital eingehalten werden kann. Dieses Zürcher Abgeltungsmodell wird schrittweise der neuen Spitalfinanzierung angenähert, die ab 2012 mit der schweizweiten Einführung von SwissDRG geplant ist.

## Finanzen im Überblick

### Übersicht

	Rechnung 2009 Mio. Fr.	Budget 2009 Mio. Fr.	Rechnung 2008 Mio. Fr.	Differenz zu R 08/09	
				Abs.	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
Betrieblicher Ertrag	12 146	11 825	11 552	594	5,1
Betrieblicher Aufwand	-12 203	-12 053	-11 800	-403	-3,4
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-56	-228	-248	192	77,2
Finanzertrag	432	423	553	-121	-21,9
Finanzaufwand	-179	-184	-233	54	23,1
Finanzergebnis	253	239	320	-67	-21,0
Jahresergebnis	196	12	71	125	174,9
<b>Investitionsrechnung</b>					
Investitionseinnahmen	253	203	70	183	261,4
Investitionsausgaben	-1 044	-1 300	-1 186	142	12,0
Nettoinvestitionen	-791	-1 097	-1 116	325	29,1
<b>Bilanz</b>					
Umlaufvermögen (UV)	4 440		4 776	-336	-7,0
Finanzvermögen UV	4 440		4 776	-336	-7,0
Anlagevermögen (AV)	15 195		15 072	124	0,8
Finanzvermögen AV	985		983	2	0,1
Verwaltungsvermögen	14 211		14 088	123	0,9
<b>Total Aktiven</b>	<b>19 636</b>		<b>19 847</b>	<b>-212</b>	<b>-1,1</b>
Kurzfristiges Fremdkapital	-4 610		-4 486	-124	-2,8
Langfristiges Fremdkapital	-5 636		-6 196	560	9,0
Eigenkapital	-9 390		-9 165	-224	-2,4
<b>Total Passiven</b>	<b>-19 636</b>		<b>-19 847</b>	<b>212</b>	<b>1,1</b>
<b>Geldflussrechnung</b>					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	1 542		1 683	-142	-8,4
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-837		-1 251	414	33,1
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	705		433	273	63,0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-919		-995	76	7,6
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	-213		-562	349	62,0
<b>Kennzahlen</b>					
Selbstfinanzierung	889	667	779		
Selbstfinanzierungsgrad in %	112,3	76,0	69,8		
Verschuldung	4 117	4 328	4 226		
Staatsquote in %	12,2	12,4	11,8		
Steuerquote in %	5,2	5,2	4,8		

### Vergleich Rechnung 2009 mit Rechnung 2008

Die Erfolgsrechnung 2009 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 196 Mio. Franken und damit um 125 Mio. Franken besser ab als die Erfolgsrechnung 2008 (nach Restatement).

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 192 Mio. Franken besser als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen:

+ 340 Mio. Franken

Fiskalertrag (Staatssteuererträge für natürliche Personen fielen rund 300 Mio. Franken höher aus).

– 191 Mio. Franken

Personalaufwand (rund 120 Mio. Franken sind den Lohnmassnahmen des Regierungsrates zuzuschreiben, die zu einem Anstieg der Lohnsumme um 3,2% führten; rund 60 Mio. Franken sind durch zusätzliche Stellen verursacht).

Das Finanzergebnis ist um 67 Mio. Franken schlechter als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen:

– 32 Mio. Franken

Wegfall ausserordentlicher Erlös 2008 aus dem Besserungsschein der Swiss

– 30 Mio. Franken tiefere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank

Die Nettoinvestitionen haben gegenüber der Rechnung 2008 um 325 Mio. Franken abgenommen. Das ist im Wesentlichen auf den Wegfall der im Vorjahr als Darlehen verbuchten Regressforderung von 319 Mio. Franken gegenüber der Flughafen Zürich AG zurückzuführen. Die Regressforderung ist die Gegenposition zur gebildeten Rückstellung für die Lärmverbindlichkeiten. Lässt man diesen Sonderfaktor weg, bewegen sich die Nettoinvestitionen auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Allerdings sind Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen rund 170 Mio. Franken höher als im Vorjahr, weil sich im Tiefbauamt die Ausgaben um rund 190 Mio. Franken und die Einnahmen um rund 145 Mio. Franken erhöht haben. Die Zunahmen stehen im Zusammenhang mit Investitionen für noch vom Kanton fertigzustellende Nationalstrassenbauprojekte und den entsprechenden Investitionsbeiträgen des Bundes.



---

### Vergleich Rechnung 2009 mit Budget 2009

Die Erfolgsrechnung 2009 hat um 184 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschlossen. Davon sind 172 Mio. Franken im Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit angefallen.

Wichtigste Veränderungen:

+ 94 Mio. Franken

Sozialamt (vor allem höhere Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und im Asylbereich sowie Minderaufwand für Invalideneinrichtungen, Familienzulagen für Nichterwerbstätige und wirtschaftliche Hilfe)

+ 41 Mio. Franken

Somatische Akutversorgung und Rehabilitation (Tax-Mehrerträge, Mehrleistungen und Produktivitätssteigerungen)

+ 25 Mio. Franken

Finanz- und Lastenausgleich (weniger Beiträge im Steuerfussausgleich und mehr Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen durch finanzschwache Gemeinden)

– 31 Mio. Franken

Steuererträge (direkte Bundessteuer –92, Staatssteuern +52 dank hoher Nachträge)

Die Investitionsrechnung 2009 hat um 306 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschlossen. Die Investitionsbudgets sind also durchschnittlich nur zu 72% ausgeschöpft worden. Die grössten Unterschreitungen sind im Tiefbauamt, in der Somatischen Akutversorgung und Rehabilitation, im Kapital- und Zinsdienst Staat, in der Psychiatrischen Versorgung und im Verkehrsfonds zu verzeichnen.

---

### Kennzahlen

Im Berichtsjahr wurde ein Selbstfinanzierungsgrad von 112% erzielt. Die Nettoinvestitionen konnten also vollständig aus der Erfolgsrechnung finanziert werden. Der tiefe Wert von nur 70% im Vorjahr ist dem bereits oben erwähnten Sonderfaktor in der Investitionsrechnung des Flughafenfonds zuzuschreiben. Klammert man diesen aus, beträgt der Selbstfinanzierungsgrad im Vorjahr annähernd 100%.

Die Verschuldung konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 100 Mio. Franken auf noch 4,1 Mrd. Franken gesenkt werden. Zugenommen gegenüber dem Vorjahr haben die Staats- und die Steuerquote, da höhere Staatsausgaben bzw. Steuererträge einem rückläufigen Volkseinkommen gegenüberstehen.

---

### Finanzpolitische Beurteilung

Zum fünften Mal hintereinander hat die Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss abgeschlossen. Klar eingehalten ist der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung. Über die letzten acht Jahre 2002–2009 ist ein kumulierter Ertragsüberschuss von 1,6 Mrd. Franken zu verzeichnen. Das heisst, dass der mittelfristige Haushaltsausgleich auch ohne den einmaligen Erlös 2005 aus dem Verkauf von Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank erreicht ist.

Auf Ende des Berichtsjahres weist die Bilanz ein rekordhohes Eigenkapital von 9,4 Mrd. Franken aus. Neben den erfreulichen Rechnungsabschlüssen ist das allerdings auch eine Folge der Umstellung auf die neue Rechnungslegung ab dem Berichtsjahr, die zu einer Aufwertung des Eigenkapitals um über 6 Mrd. Franken geführt hat. Auch ohne diesen Effekt könnte der Kanton Zürich auf das höchste Eigenkapital seit der Einführung der Harmonisierten Rechnungslegung (HRM) 1982 verweisen. Die Verschuldung hat sich mit noch 4,1 Mrd. Franken gegenüber den Höchstwerten gegen Ende der Neunzigerjahre fast halbiert, obwohl die Umstellung der Rechnungslegung zu einer Erhöhung von rund 700 Mio. Franken geführt hat.

Damit ist eine gute Ausgangslage geschaffen, um die fiskalisch mageren Zeiten zu überstehen, die im Gefolge der Finanzkrise zu erwarten sind.

## Allgemeiner Geschäftsgang

Am 29. April wählte der Regierungsrat Regine Aeppli zu seiner Präsidentin und Dr. Hans Hollenstein zu seinem Vizepräsidenten für das Amtsjahr 2009/10.

### Regierungsratssitzungen

	2009	2008
Sitzungen	49	48
Regierungsratsbeschlüsse	2146	2055
Rekurse	626	592

### Geschäfte des Regierungsrates

	2009	2008
Geschäftseingänge	3955	3547

### Parlamentarische Vorstösse

	2009	2008
<b>Einreichungen</b>		
Motionen	19	29
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	74	66
davon dringlich erklärt	22	14
Interpellationen	13	14
Anfragen	225	234
davon dringliche	26	22
<b>Überweisungen des Kantonsrates</b>		
Motionen	6	16
davon Leistungsmotionen	–	–
davon als Postulat	2	9
Postulate	39	28
davon dringliche	14	12
Volksinitiativen	–	1
Einzelinitiativen (vorl. unterstützt)	2	1
Behördeninitiativen (vorl. unterstützt)	1	3
<b>Stellungnahmen des Regierungsrates</b>		
Motionen	16	28
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	48	61
davon dringliche	20	16
<b>Beantwortungen des Regierungsrates</b>		
Interpellationen	10	17
Anfragen	237	228
davon dringliche	25	23

	2009	2008
<b>Berichte und Anträge des Regierungsrates</b>		
Motionen	–	1
davon Leistungsmotionen	–	–
Postulate	28	69
davon dringliche	8	15
Ergänzungsberichte	–	2
Volksinitiativen	4	2
Einzelinitiativen	1	3
Behördeninitiativen	3	4
Gegenvorschläge in Referenden	1	–
<b>Rückzüge</b>		
Motionen	3	2
Postulate	10	5
Interpellationen	1	–
Anfragen	–	–
Volksinitiativen	1	–
Einzelinitiativen	–	–
Behördeninitiativen	–	–

#### Rekursstatistik des Regierungsrates 2009

Der Sachbereich weist auf die Herkunft der angefochtenen Verfügung oder auf die antragstellende Direktion hin.

Sachbereich	Pendenzen	Eingänge						Erledigungen	Pendenzen
	1.1.2009	2009	Abweisung/ Nicht- eintreten	Gutheissung teilweise	Gutheissung ganz	Rückzug/ gegen- standslos	Wieder- erwägung	Total	31.12.2009
<b>Direktion der Justiz und des Innern</b>	49	125	127	4	3	1	0	135	39
<b>Sicherheitsdirektion (inkl. Statthalterämter)</b>									
Migrationsamt	632	690	385	18	57	87	37	584	738
Übrige	129	231	77	6	2	109	16	210	150
<b>Total</b>	<b>761</b>	<b>921</b>	<b>462</b>	<b>24</b>	<b>59</b>	<b>196</b>	<b>53</b>	<b>794</b>	<b>888</b>
Finanzdirektion	7	6	7	0	0	2	0	9	4
Volkswirtschaftsdirektion	47	41	18	1	1	24	1	45	43
Gesundheitsdirektion	31	18	10	1	2	1	0	14	35
Bildungsdirektion	58	29	11	0	0	3	0	14	73
Baudirektion	120	38	14	9	3	17	2	45	113
<b>Total der Direktionen</b>	<b>1073</b>	<b>1178</b>	<b>649</b>	<b>39</b>	<b>68</b>	<b>244</b>	<b>56</b>	<b>1056</b>	<b>1195</b>
Vorjahr	1006	1022	599	21	38	234	63	955	1073

## Rechtsetzung

### Verabschiedete Erlasse

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 23 (22) Sitzungen insgesamt 33 (38) Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt. Davon betrafen fünf Vorlagen vollständig neue formelle Gesetze.

Der Regierungsrat hat über folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

### Gesetze

		Antrag Regierungsrat
Finanzausgleichsgesetz	N	28. Januar 2009
Finanzausgleichsgesetz, Fristverlängerung Sonderlastenabgeltung	Ä	28. Januar 2009
Gemeindegesezt, Ausführungsbestimmungen zum Registerharmonisierungsgesetz, Einführung einer amtlichen Wohnungsnummer	Ä	8. April 2009
Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge, Bewilligungspflicht für Vermittlung von Pflegekindern	Ä	15. April 2009
Gesetz über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrenrechts	N	29. April 2009
Steuergesetz, Abzüge für Liegenschaftsunterhalt	Ä	7. Mai 2009
Opernhausgesetz	N	24. Juni 2009
Gesetz über die Anpassung der kantonalen Behördenorganisation und des kantonalen Prozessrechts in Zivil- und Strafsachen an die neuen Prozessgesetze des Bundes	N	1. Juli 2009
Gesetz über den Beitritt zum Regionalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009)	N	8. Juli 2009
Energiegesetz, Stromversorgung	Ä	12. August 2009
Steuergesetz, Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes	Ä	12. August 2009
Sozialhilfegesetz, Informationen und Auskünfte, vorläufig Aufgenommene	Ä	9. September 2009
Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen, Transport mobilitätsbehinderter Personen	Ä	23. September 2009
Gesetz über die Information und den Datenschutz	Ä	18. November 2009
Kantonales Bürgerrechtsgesetz	N	18. November 2009
Kinder- und Jugendhilfegesetz	N	16. Dezember 2009
Polizeiorganisationsgesetz, Zürcher Polizeischule	Ä	23. Dezember 2009

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

## Verordnungen (Auswahl)

Beschluss Regierungsrat

Verordnung über die polizeiliche Zwangsanwendung	N	21. Januar 2009
Personalverordnung	Ä	11. Februar 2009
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz, Familienzulage	Ä	11. Februar 2009
Besondere Bauverordnung II	Ä	25. Februar 2009
Verordnung zum Sozialhilfegesetz	Ä	18. März 2009
Verordnung zum EG FamZG	N	31. März 2009
Kantonale Tierseuchenverordnung	Ä	31. März 2009
Bauverfahrensverordnung	Ä	31. März 2009
Besondere Bauverordnung I	Ä	31. März 2009
Verordnung zum Fachhochschulgesetz	N	8. April 2009
Feuerwehrverordnung	N	22. April 2009
Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/10 und 2010/11	N	22. April 2009
Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule	Ä	29. April 2009
Verordnung über die Härtefallkommission	N	29. April 2009
Einführungsverordnung zur eidgenössischen Verordnung über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	Ä	7. Mai 2009
Wohnbauförderungsverordnung	Ä	7. Mai 2009
Personalverordnung	Ä	17. Juni 2009
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz, Teilrevision Lohnsystem, Neuregelung der Lohnerhöhung und der Einmalzulagen	Ä	17. Juni 2009
Reglement über die Aufnahme an die Berufsmittelschulen und den Berufsmaturitätsabschluss	Ä	24. Juni 2009
Verordnung zum EG BBG	N	8. Juli 2009
Verordnung über besondere Personalkategorien an der Zürcher Hochschule der Künste	N	8. Juli 2009
Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden	N	8. Juli 2009
Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal	Ä	26. August 2009
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	28. Oktober 2009
Verordnung über den Zürcher Fluglärm-Index	N	4. November 2009
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	4. November 2009
Dolmetscherverordnung	Ä	11. November 2009
Hundeverordnung	N	25. November 2009
Verordnung über das kantonalrechtliche Ordnungsbussenverfahren	Ä	25. November 2009
Verordnung zum Vollzug der Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	N	2. Dezember 2009
Vollzugsverordnung zum Personalgesetz	Ä	2. Dezember 2009
Verordnung über die Finanzierung der Sonderschulung	Ä	2. Dezember 2009
Verordnung zum Massnahmenplan Luftreinhaltung	N	9. Dezember 2009
Verordnung über die politischen Rechte	Ä	9. Dezember 2009
Verordnung über die kantonalen psychiatrischen Spitäler	N	9. Dezember 2009
Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen	Ä	16. Dezember 2009
Verordnung zum Gastgewerbegesetz	Ä	23. Dezember 2009

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung



## Erlasse in Bearbeitung und Planung

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Entspricht Rechtsetzungs- programm der Legislaturperiode 2007–2011	Direktion
Anpassung Gerichtsordnung und Rechtspflege an die Schweizerische Strafprozessordnung / Schweizerische Zivilprozessordnung / Bundesgerichtsgesetz / Kantonsverfassung	3	2010	X	JI
Ausführungsbestimmungen zum Registerharmonisierungsgesetz	4	2009	X	JI
Anpassung Rechtsmittelzug in Verwaltungssachen an Kantonsverfassung, Bundesverfassung und Bundesgerichtsgesetz	3	2010		JI
Statistikgesetz	1	2011		JI
Abtretungsgesetz	1	2011		JI
Einbezug des Kantonsrates in die Aushandlung von Konkordaten	1	2010	X	JI
Neues Finanzausgleichsgesetz	3	2010	X	JI
Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht	3	2010	X	JI
Totalrevision Gemeindegesetz	1	2011	X	JI
Revision Gewaltschutzgesetz	1	2011	X	JI
Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderungen des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personen- und Kindesrecht)	1	2012		JI
Administrative Unterstellung der Baurekurskommissionen und Steuerrekurskommissionen unter das Verwaltungsgericht	3	2010		JI
Änderung Sozialhilfegesetz (Informationen und Auskünfte)	3	2009/10		DS
Änderung Verkehrsabgabengesetz	2	2010	X	DS
Änderung Polizeiorganisationsgesetz (Zürcher Polizeischule)	3	2010		DS
Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Änderung von § 37 Abs. 2 lit. c	2	2. Quartal 2010		FD
Staatsbeitragsgesetz, Überprüfung auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung	0	2. Quartal 2013		FD
Steuergesetz, Abzüge für Liegenschaftenunterhalt	4	1. Quartal 2010		FD
Steuergesetz, Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes	3	2. Quartal 2010	X	FD
Steuergesetz, Nachvollzug des Bundesgesetzes vom 20. März 2008 über die Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und die Einführung der straflosen Selbstanzeige	1	1. Quartal 2010		FD
Personalverordnung (Hinweis: Der Kantonsrat hat am 18.1.2010 der PVO zugestimmt)	5	1. Quartal 2010	X	FD
Gesetz und Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal des Kantons Zürich, Teilliquidationsreglement und Revision unbestrittener Teil	3	3. Quartal 2009		FD
Gesetz und Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal des Kantons Zürich, Massnahmen zur nachhaltigen Finanzierung der BVK	1	3. Quartal 2010		FD

Gesetz und Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal des Kantons Zürich, Anpassungen an die Rechtsprechung wie z. B. BG zur Entlassung altershalber, Anpassungen in Zusammenhang mit der Einführung Case Management und Erweiterung der Lohnfortzahlung bei Krankheit sowie redaktionelle Korrekturen, Konkretisierungen und Richtigstellungen von diversen Artikeln	1	1. Quartal 2011		FD
Strassengesetz (Anpassung §§ 28 & 29 an REFA, Federführung JI)	1	Frühestens 2. Quartal 2010	X	VD
Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	1	in Kraft gesetzt	X	VD
Verordnung zum Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	1		X	VD
Strassenbeitragsverordnung (Aufhebung, in Anpassung an REFA)	1		X	VD
Verordnung über den Zürcher Fluglärm-Index	3	Kein KR-Geschäft RR hat die VO in eigener Kompetenz beschlossen		VD
Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer- und Asylrecht	1	Kein KR-Geschäft RR verabschiedet die Verordnung in eigener Kompetenz		VD
Gesetz zur administrativen Entlastung der Unternehmen (EntIG)	5			VD
Verordnung zur administrativen Entlastung der Unternehmen (EntIV)	2	Kein KR-Geschäft RR verabschiedet die Verordnung in eigener Kompetenz		VD
Verordnung zum Gastgewerbegesetz	3	Kein KR-Geschäft RR erlässt die Verordnungsrevision in eigener Kompetenz		VD
KR 266/2004: Motion betreffend ganzheitliche Politik für Wirtschaft und Arbeit (Vorlage 4525)	8			VD
Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)	0	Frühestens 4. Quartal 2010		VD
Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung	2	Kein KR-Geschäft RR verabschiedet die Verordnung in eigener Kompetenz	X	VD
Kantonale Volksinitiative SOS für TIXI und Gegenvorschlag	3	2010		VD
Revision Gesundheitsgesetz; Anpassung an KVG-Revision im Bereich der Pflegefinanzierung, Spitalfinanzierung	2	2. Quartal 2010	x	GD
Revision des Patientinnen- und Patientengesetzes im Rahmen der Sammelvorlage «Anpassung des kant. Verwaltungsverfahrensrechts an übergeordnetes Recht» (Rechtsmittel gegen Entscheide der kant. Ethikkommission (KEK))	4	2. Quartal 2010	x	GD
Erlass eines Planungs- und Finanzierungsgesetzes: Anpassung an KVG-Revision im Bereich der Spitalfinanzierung	1	4. Quartal 2010	X	GD
Revision EG KVG: Anpassung an neuen Art. 64a KVG (Leistungsaufschub) sowie Neuformulierung der Anspruchsgrundlagen für die Prämienverbilligung	0	4. Quartal 2010		GD

Revision Kant. Tierseuchengesetz: Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, um bei Nutztieren Tierverluste (einschliesslich Aborte), die mit ausreichender Wahrscheinlichkeit auf eine staatlich angeordnete Impfung zurückzuführen sind, aus dem Tierseuchenfonds entschädigen zu können, sowie Anpassungen in der Finanzierung des Fonds	0	3. Quartal 2010		GD
Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe	3	1. Quartal 2010		BI
Änderung Jugendhilfegesetz	7	7.12.2009	Volksabstimmung «Kinderbetreuung JA» 2010	BI
Änderung Lehrpersonalgesetz	1	1. Quartal 2010	Neuer Berufsauftrag	BI
Änderung Volksschulgesetz	1	3. Quartal 2010	Finanzierung Sonderschulung	BI
Änderung Volksschulgesetz	1	3. Quartal 2010	Umsetzung sonderpädagogisches Konzept	BI
Teilrevisionen PBG (Planungs- und Baugesetz)	2	2010	x	BD
Geoinformationsgesetz	2	2010	x	BD
Wasserwirtschaftsgesetz	1	2012	x	BD
Energiesgesetz	3	2010	x	BD

**Legende betreffend Stand per 31. Dezember**

- 0 = Arbeit noch nicht aufgenommen
- 1 = in Ausarbeitung
- 2 = in Vernehmlassung
- 3 = vom Regierungsrat verabschiedet
- 4 = von der Kommission des Kantonsrates behandelt
- 5 = vom Kantonsrat verabschiedet
- 6 = Referendumsfrist läuft
- 7 = vor Volksabstimmung
- 8 = zurückgezogen/abgeschrieben
- \* = entspricht Rechtsetzungsprogramm der Legislaturperiode

## Finanzvorlagen

## Anträge und Kreditbewilligungen für Ausgaben grösser als 3 Mio. Franken (insgesamt)

		Franken
06.01.2009	Verein Reuma-Volksheilstätte Leukerbad	3 001 639
06.01.2009	Neues Personalmanagement- und Lohnadministrationssystem (PULS-ZH) bewilligt	15 600 000
04.02.2009	Verbreiterung und Instandsetzung der Bäretswiler-/Ringwilerstrasse	3 550 000
25.02.2009	Projektierung der Instandsetzung der Institutsgebäude Gloriamstrasse und des Ersatzneubaus des Hofgebäudes	3 500 000
29.04.2009	Mehrmiete im Zusammenhang mit dem Schengen-Abkommen	341 336
13.05.2009	Projektierungskredit für die Kantonsschule Uster	4 520 000
10.06.2009	Strasseninstandsetzung an der Autobahn A53	4 870 000
08.07.2009	Sanierung der Zentralsterilisation Nord des Universitätsspitals	6 454 000
08.07.2009	Bauausführung des Sanierungsprojektes an der Aarütistrasse und der A50/Unterlandautobahn	3 400 000
12.08.2009	Sanierung der Weisslingerstrasse	3 140 000
26.08.2009	Bauausführung der Umfahrung Rämismühle	3 180 000
28.10.2009	Umbau des OP-Bereichs im Nordtrakt 2 des Universitätsspitals	14 192 000
28.10.2009	Einrichtung und Betrieb einer Alarmorganisation im Kanton Zürich	8 410 000
28.10.2009	Realisierungseinheit «RE05 – E-Government»	7 860 000
04.11.2009	Kuppelgewächshäuser und Betriebsgebäude des Botanischen Gartens werden erneuert und instand gesetzt	14 500 000
16.12.2009	Unterhaltsreinigung der Verwaltungsbauten	2 000 000
		58 202 975

## Aussenbeziehungen des Kantons

---

### Konferenz der Kantonsregierungen

Die 1993 gegründete Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat zum Zweck, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und die erforderliche Koordination und Information der Kantone bei der Willensbildung im Bund in jenen Bereichen sicherzustellen, die den unmittelbaren Interessen- und Kompetenzbereich der Kantone berühren.

Der Kanton Zürich ist im Leitenden Ausschuss der KdK durch Regierungsrat Dr. Markus Notter vertreten. Der Leitende Ausschuss behandelte die laufenden Geschäfte und bereitete die vier ordentlichen Plenarversammlungen vor. Schwergewichtig widmete sich die KdK im Berichtsjahr nebst der Vorbereitungen zu einer neuen europapolitischen Standortbestimmung der Kantone wichtigen eidgenössischen Themen wie der Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften oder der Inkraftsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung, wo – nicht zuletzt auch durch den Wechsel im EDI – eine kantonsverträgliche Lösung gefunden werden konnte.

---

### Internationale Bodenseekonferenz

Der Kanton Zürich ist seit November 1998 Mitglied der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Diese will die Zusammenarbeit im Bodenseeraum durch grenzübergreifend gemeinsame Politiken fördern und damit auch die regionale Zusammengehörigkeit stärken.

Die Konferenz der Regierungschefs, in welcher der Kanton durch Regierungsrat Markus Kägi vertreten ist, trifft sich einmal im Jahr zu einer ordentlichen Plenumsitzung, in welcher die wichtigsten Beschlüsse gefasst sowie allfällige Empfehlungen verabschiedet werden. Im Ständigen Ausschuss, der in mehreren Sitzungen die laufenden Geschäfte der IBK besorgt, nimmt Staatsschreiber Beat Husi Einsitz. Der Ständige Ausschuss begleitet und koordiniert auch die Arbeit der sieben Fachkommissionen, welche die Sachprojekte erarbeiten. In diesen ist der Kanton durch ein Mitglied der jeweils betroffenen Direktion vertreten.

Unter dem Vorsitz des Kantons Thurgau entwickelte die IBK im Berichtsjahr unter anderem ein neues, stetigeres Finanzierungskonzept für die Kommission Kultur, deren Förderpreisverleihungen im November im Übrigen immer einen Höhepunkt gerade auch in der Aussenwirkung der IBK darstellen (diesmal in der Sparte Kurzgeschichten). Eher negativ zu reden gab im Berichtsjahr aus Zürcher Sicht ein teils arrogantes, teils unbeholfenes Vermarktungskonzept für den Standort Bodensee.

### Metropolitankonferenz / Verein Metropolitanraum Zürich

Nach rund zweijährigen Vorarbeiten ist am 3. Juli der Verein Metropolitanraum Zürich gegründet worden, der eine gemeinsame politische Plattform für Städte, Gemeinden und Kantone im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich bilden soll. Ihm gehören acht Kantone (ZH, SH, TG, SG, SZ, ZG, LU, AG) als ordentliche, zwei als assoziierte (GL, GR) Mitglieder sowie rund 95 Städte und Gemeinden an. Er umfasst die Metropolitankonferenz als Mitgliederversammlung und oberstes Vereinsorgan sowie den Metropolitanrat als ausführendes Gremium. Dessen Geschäfte werden vorbereitet vom operativen Ausschuss, und zu den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft bestehen Arbeitsgruppen, die auf der Grundlage der Vision des Vereins bzw. des jeweiligen Handlungsfeldes inhaltliche Inputs und konkrete Projektvorschläge erarbeiten.

Der Kanton Zürich ist als Gründungsmitglied am 3. Juli dem Verein Metropolitanraum Zürich beigetreten. Die Metropolitankonferenz wählte Justizdirektor Dr. Markus Notter für eine zweijährige Amtszeit zu ihrem ersten Präsidenten; er steht auch dem Metropolitanrat vor. Im Auftrag des Regierungsrates nimmt Dr. Daniel Brühlmeier, Leiter der Fachstelle Aussenbeziehungen, Einsitz im Operativen Ausschuss des Vereins. Gleichzeitig ist er Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich, der Kantonskammer des Vereins.

Die Metropolitankonferenz verabschiedete für 2010 ein Aktionsprogramm mit 6 Projekten, schwergewichtig in den Handlungsfeldern Lebensraum und Verkehr (Gesamtsumme von rund Fr. 640'000).

### Interkantonale Regierungskonferenzen

Nachdem die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK, Kantone: GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG) 1998 mit dem Wunsch an den Kanton Zürich gelangt war, über einen Beitritt zu verhandeln, ist der Regierungsrat 2001 der ORK, aber auch weiteren an den Kanton angrenzenden Regierungskonferenzen wie der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG) beziehungsweise der Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz (NWRK: BE, SO, BS, BL, AG, JU) in Form einer «assozierten Mitgliedschaft» beigetreten.

Der Regierungsrat hat diese Zusammenarbeit in der bisherigen Form (Beobachterstatus in allen drei Konferenzen) weitergeführt. Grundsätzlich ist sie durch die Gründung der Metropolitankonferenz nicht infrage gestellt, wird aber im Lichte der darin gewonnenen Erfahrungen zu überdenken sein.